

Volkswacht

für Schlesien, Posen und die Nachbargebiete.

Organ für die werksfähige Bevölkerung.

Mit der illustrierten Beilage „Die neue Welt“.

Die „Volkswacht“ erscheint täglich Nachmittags außer Sonntag und ist durch die Expedition, Neue Graupenstr. 5/6, durch die Post und durch Goldportale zu beziehen. Preis vierteljährlich Mk. 2.50, pro Woche 20 Pf., Postzeitungsliste Nr. 7986.

Insertionsgebühren betragen für die einseitige Beilage oder deren Raum 20 Pfennige, für Beilagen und Beilagen-Anzeigen 10 Pfennige. Inserate für die nächste Nummer müssen bis Vormittag 10 Uhr bei der Expedition abgegeben werden.

Telephon Nr. 451.

Telephon Nr. 451.

Nr. 118.

Dienstag, den 22. Mai 1900.

11. Jahrgang.

Politische Uebersicht.

Ein Kompromiß.

Am Reichstage gab es gestern eine unerwartete Neuigkeit. Der Seniorenkongress ist wieder auferstanden. Nachdem dem Präsidium die Bestimmungen der Geschäftsordnung so viel Schwierigkeiten bereitet haben, hat Graf Ballestrem seine Zuflucht zu dem in der Geschäftsordnung nicht begründeten Seniorenkongress genommen, den er vorige Woche erst verboten hatte. Unser Genosse Singer hat die Pflicht behalten, die Geschäfte lassen sich am besten fördern unter Beistellung aller dafür maßgebenden Parteien. Die Verhandlungen des Seniorenkongresses haben das Ergebnis gehabt, daß ein Kompromiß erzielt wurde. Es wurde eine Vermittlungskommission gebildet, die während der Plenarsitzung taute. In dieser ist von der linken folgenden Vorschlag gemacht worden: Es soll ein Initiativgesetz eingebracht werden, der sämtliche Paragraphen der lex Heinze nach den Beschlüssen der dritten Lesung enthält mit Ausnahme der §§ 184 a und b, des Kunst- und Theaterparagrafen. Dem § 184 soll nur die Bestimmung bestehen bleiben, daß unzüchtige Bilder nicht an Kinder unter sechzehn Jahren verkauft werden dürfen. Die Altersgrenze wäre damit von 18 wieder auf 16 Jahre zurückgesetzt worden. Es ist Aussicht, daß dieses von der Linken gestellte Ultimatum akzeptiert wird, der Präsident selbst und Herr Spahn sind dem Kompromiß geneigt, die Herren Gröber und Noeren widerstehen allerdings dagegen. Graf Ballestrem soll sich aber mit dem Gedanken tragen, den Präsidentensitz aufzugeben, wenn die Obstruktion nicht beseitigt wird und das wird schließlich das Zentrum zwingen, Kleia beizugeben. In der Sitzung selbst kam der plötzliche Kulissenwechsel in aller Ruhe vor sich. Der einseitige Vorschlag des Präsidenten, die lex Heinze vorläufig abzulehnen, wurde abgelehnt. Auch die Interpellation unserer Genossen hielt nur einige Minuten auf. Auf die Erklärung des Staatssekretärs Niederding kam ihre Besprechung am 30. Mai verschoben.

Der Aufmarsch der Parteien zum Kampf um das Fleischbeschaugesetz brachte keine Ueberraschungen. Entschiedene Anhänger der ursprünglichen Regierungsvorlage sind nur die Sozialdemokraten und die freisinnigen Gruppen mit Ausnahme der süddeutschen Volkspartei, die für die Kompromißvorschläge eintreten und sich somit als demokratische Agrarier gerieren. Entschiedene Gegner des Kompromisses sind auch die intransigenten Agrarier, denen Graf Posadowsky wieder einmal mit gewiß schwerem Herzen die Seiten lesen mußte. Für das Kompromiß mit der Regierung traten ein Theil der Konservativen unter Führung des Herrn von Levetzow, der Reichspartei und des Zentrums ein. Auch die Nationalliberalen schlossen sich an. Doch hatte der Vertreter des rheinisch-westfälischen Industriebezirks erhebliche Bedenken.

Eine Abstimmung über den § 1 fand noch nicht statt. Sie wird erst morgen erfolgen, falls Alles glatt abläuft in Sachen der lex Heinze.

„Nationale“ Politik.

Die Heranziehung italienischer Landarbeiter ist nach der Rheinisch-Westf. Stg. bei den preussischen Landwirtschaftskammern angetreten worden. Von wem wird nicht gesagt. Die Mitteilung an die Landwirtschaftskammern, so heißt es, weise darauf hin, daß neuerdings in der Provinz Schlesien gemachte Erfahrungen zu der von uns seit länger vertretene Annahme berechtigten, daß die Heranziehung italienischer Arbeiter geeignet erscheine, zur Beseitigung des in der Landwirtschaft hervorgetretenen Arbeitermangels mit Erfolg be-

zutragen. Da nationalpolitische Bedenken (wie bei den russisch-polnischen und gallischen Arbeitern) nicht entgegenständen, so entfielen bei diesen Arbeitern auch die Gründe für eine zeitliche Aufenthaltsbeschränkung. Bei der Anwerbung italienischer Arbeiter könne ferner behufs wohlwollender Förderung etwaiger Sonderwünsche die behördliche Mitwirkung im Auslande seitens der Reichsregierung in Aussicht gestellt werden. Verschiedene Landwirtschaftskammern haben denn auch bereits die Sache in die Hand genommen, um für ihre Mitglieder auf Wunsch italienische Arbeiter anzuwerben.

Die Lebenshaltung des italienischen Arbeiters entspricht der des „Poladen“. Die Kosten des neuen Experiments wird sicher der deutsche Arbeiter tragen. Die „nationale Politik“ der Herren Großgrundbesitzer geht nur so weit, wie die Interessen des Geldbeutels das rathsam erscheinen lassen.

Zum „Fall Gröber“ findet die „Germania“ einige Worte der Entschuldigung, die keine Entschuldigung sind. Sie muß den Thatbestand als völlig richtig zugeben. Auf eine Anfrage des geschäftlichen Sittlichkeitsverbrechers hat ihm Herr Gröber die Masche im Auslieferungsvertrag gezeigt, durch die er entfliehen konnte. Die „Germania“ zieht sich darauf zurück, daß Gröber formell im Rechte war, als er diesen Rath gab. Aber daß dieser Ruser im Kampf für die lex Heinze überhaupt einem Sittlichkeitsverbrecher einen Rath giebt, um ihn vor dem Vericht zu retten, das ist doch das Bezeichnende und das Kompromittirende an der Sache für Herrn Gröber!

Noch eine Manöverung des Zentrums? In der Wahlprüfungskommission soll, wie das „Berl. Tagebl.“ es darstellt, das Zentrum jetzt andere und weniger strenge Grundsätze zur Geltung bringen in der Beurtheilung der Wahlbeeinflussung zu Gunsten der Wahl von Konservativen. So sei es zu erklären, daß die Kommission die Wahl in Schlesien für gültig erklärt habe trotz der durch die Beweiserhebungen bewiesenen Unregelmäßigkeiten. In mehreren Fällen von Stimmgleichheit habe die Stimme des Vorsitzenden der Kommission, des Zentrumsabgeordneten Spahn, für die Gültigkeit entschieden.

Pensioniert wurden in der deutschen Armee seit 1. April d. J.: 2 Generallieutenants, 5 Generalmajore, 16 Oberste, 2 Oberstlieutenants, 31 Majore, 49 Hauptleute, 6 Oberlieutenants, 7 Lieutenants. In Summa 118 Offiziere. Kosten pro Jahr ca. 425,000 Mark.

Ferner wurden ohne Pension verabschiedet 1 preussischer Oberleutnant und 1 preussischer Lieutenant. Ausgeschieden sind 2 preussische Oberlieutenants, 11 preussische und 2 sächsische Lieutenants. Der Gesamtabgang an Offizieren beträgt somit in den letzten 6 Wochen 135.

Ausland.

Schweiz. Die Versicherungsgesetze sind abgelehnt. Die Versicherungsgesetze wurden mit großer Mehrheit (329,926 Nein gegen 143,730 Ja) abgelehnt. Alle Kantone, mit Ausnahme von Glarus, lehnten das Gesetz ab. Selbst Zürich verwarf es. — An der obligatorischen Kranken- und Unfallversicherung halten die eidgenössischen Kammern zehn Jahre lang gearbeitet. Nun ist auch die im Gesetz enthaltene schweizerische Militär-Versicherung gefallen und

der obligatorische Versicherungs-Gedanke für lange Jahre begraben.

Belgien. Bei Uebungen der Artillerie und einer Abtheilung der Genter Bürgergarde kam es am Sonntag in Brüssel zu einem ersten Zwischenfall. Am vorigen Sonntag hatte sich eine Anzahl von Bürgergardisten geweigert, den in französischer Sprache gegebenen Befehlen der Vorgesetzten zu gehorchen. Seit 1 1/2 Jahren war das Kommando in flämischer Sprache erfolgt. Die Protestler behaupteten, die Anwendung der französischen Sprache sei ungesetzlich. Als der Kommandant an diesem Sonntag am Versammlungsort eintraf, traten mehrere Mann vor und verlangten, in flämischer Sprache kommandirt zu werden. Anstatt der Aufforderung nachzukommen, befahl der Kommandant den Widerspenstigen, nach Hause zu gehen. Diese mengten sich jedoch unter das Publikum, welches den Kommandanten verhöhnte. Die Polizei schritt ein und nahm mehrere Verhaftungen vor. Als am Schluß der Uebung die andern Bürgergardisten ihrer Sympathie für den Kommandanten Ausdruck gaben, kam es zwischen ihnen und den Protestlern zu einem Handgemenge, an welchem auch das Publikum theilnahm. Die Polizei hatte Nähe, die Streitenden zu trennen, von denen einige verhaftet wurden.

In Frankreich haben die Gemeinderathswahlen den Republikanern doch einen großen Sieg gebracht. Die vorläufigen Ergebnisse der Gemeinderathswahlen in 82 Departements einschließlich der 7 im Seine-Departement, ergeben für 33,942 Gemeinden, ausschließlich Paris, folgende Zahlen: Republikanische Gemeinderäthe 24,832, Reaktionäre 8519, Nationalisten 153 und 438 von unbestimmter Parteizeichnung. In Ganzen erlangten die Republikaner 1004 neue Gemeinderathssitze. Wenn man die Gesamtzahl der Stimmen zusammenrechnet, die in den einzelnen Listen den am meisten begünstigten Kandidaten zugefallen sind, so ergeben sich, Paris nicht eingerechnet, folgende Ziffern: Republikaner 4,713,467, Reaktionäre 2,174,323 und Nationalisten 172,430.

Amerika. In Kolumbien sind die Aufständischen im Norden von Panama vertrieben worden. Am 16. Mai war Kartagena noch im Besitz der Regierung. In der Nacht vom 13. Mai fand vor Kartagena ein verzweifelter Kampf statt, in welchem die Aufständischen geschlagen wurden. Es sollen 500 Aufständische gefangen sein. Das Land befindet sich in einem schrecklichen Zustande. Der Papierdollar ist nur 5 Cents werth.

Der Krieg in Südafrika.

Mit der Sache der Buren steht es offenbar sehr schlecht; die Engländer erringen einen Erfolg nach dem anderen, während die Buren immer weiter zurückweichen müssen, so daß dieselben an manchen Stellen schon an bedingungslose Unterwerfung denken.

Am Entschluß von Mafeking ist nicht mehr zu zweifeln. Wie die „Daily Mail“ aus Lourenzo Marquês erfährt, sollen aber die englischen Truppen am 17. Mai auch die gesamten Burenstreitkräfte, die sich bei Mafeking befanden, gefangen genommen haben; auch die Geschütze der Buren seien den Engländern in die Hände gefallen. Dem „Reuterschen Bureau“ zufolge hat der Buren general Delarey die britische Streitmacht den ganzen Mittwoch über mit Erfolg im Gesichts festgehalten. Nachts jedoch habe einer seiner Offiziere, ohne daß Delarey davon unterrichtet worden sei, sich zurückgezogen und so der Enisatzkolonne den Weg zum Einmarsch nach Mafeking freigegeben.

Nach dem neuen Erfolg der Engländer hat Präsident Krüger der englischen Regierung neue Friedens-

Die Erbschleicherinnen.

Roman von Ernst von Wolzogen.

Bald danach, als Lizzi mit ihrer Toilette etwas weiter vorgeschritten war, begann Kathi von Neuem: „Du, geh Herr Herzl, jetzt sag mir amal aufrichtig: dees war doch bloß bloß G'spaß, was d' da gestern Abend g'sagt hast, daß d' mit dem Dings da, dem schwarzen Herrn, durchbrennen willst?“

„Nein, dees is schon wahr“, versetzte Lizzi ernsthaft. „s is schon Alles abgemacht. Unsere Heirathsanzeige kriegt's ihr ein drückt von Philippopel aus zug'schickt. Dort lassen wir uns als praktischer Arzt und Geburtshelfer nieder.“

„A geh, schwach net so dumms Zeug's daher“, fuhr Kathi ärgerlich auf. „s is wirklich wahr. Mir wie Spariankerln hast im Kopf. Wie kann a vernünftigs Mäd'el überhaupt nur dran denken, so an Mann zu heirathen dem sein Namen ka Mensch merken kann. Weist'n denn Du noch?“

„Frei! weiß ich'n“, versetzte Lizzi achselzuckend, und bellamirte volltönend: „Gregor Krojzowitsch von Nemes-Spanjerkel. Wenn dees net leicht zum h'halten is!“

Kathi mußte lachen, und die Sache mit dem Schönen Serben kam ihr gar nicht mehr so arg gefährlich vor, da die Schwester schon Wize über seinen Namen machte.

Gleich darauf stimmte Lizzi ein neues lustiges Lied an und öffnete dabei die Thür zum Korridor, um ihre Stiereln hereinzuholen. Sie waren noch nicht gepugt, da die Mama nach den Anstrengungen des gestrigen Abends heute auch die Zeit verschlafen haben mochte. Und da sang Lizzi mitten in der Zeit: „Sollberidiöddiri“ lautstehend in den Korridor hinein:

Gorch, da regte es sich nebenan in dem geheimräthlichen Schlafgemach. Sie konnte deutlich das liebliche Organ der Tante erkennen, das sich offenbar nicht in einem frommen Morgengebet erging. Hochbefriedigt zog sie die Thür wieder zu und machte eine vorläufige Pause in ihren Gesangsübungen.

Die Tante erschien am Frühstückstisch, als die beiden Schwestern bereits mit ihrem Kaffee fertig waren. Sie war etwas bleich und verschwoilen im Gesicht. Sie begrüßte die Kathi mit einem Händedruck, die Lizzi mit einem leichten Kopfnicken, dann setzte sie sich stumm an den Tisch, nahm ihren Zoli auf den Schooß und machte ihm in ihrer Untertasse etwas Milch und Zucker zurecht, bevor sie sich selbst einschlenkte.

Während der Säuling mit seinem rofigen Binglein die Milch aufschleckte, rief die Geheimräthin die Lizzi heran und begann also: „Kannst Du es Dir nicht vorstellen, mein Kind, daß eine ältere Dame nach einer so anstrengenden Nacht, wie die gestrige, das Bedürfnis fühlt, morgens etwas länger zu schlafen?“

„Ja, liebe Tante“, versetzte Lizzi tonlos, und schaute starr und steif mit großen, kummervollen Augen gerade auf des Säulings Schnäuzchen.

„Dann sehe ich nicht ein, warum Du gerade in früher Morgenstunde in so lärmender, unpassender Weise nach Deinen Stiefeln rufen mußt. Ihr habt ja den elektrischen Knopf in Eurem Zimmer, wenn Ihr das Mädchen braucht.“

„Ja, liebe Tante!“

„Ueberhaupt finde ich, daß Du nach Allem, was ich Dir gestern sagen mußte, heute keine besondere Ursache zu so lauter Heiterkeit hast.“

„Ja, liebe...“ wollte sagen: nein, liebe Tante.

teten Blick der jungen Dame. Die Tante begann aufmerksam zu werden. Sie runzelte die Stirn und machte eine Pause. Zoli kauerte.

Dann, nachdem sie ein paar Schlucke Kaffee zu sich genommen hatte, begann die Geheimräthin aufs Neue: „Es ist heute Sonntag.“

„Ja, liebe Tante.“

„Da solltest Du doch eigentlich den Drang in Dir fühlen, das Gotteshaus zu besuchen, um Deine Neue über Dein gestriges Betragen vor den Thron dessen zu bringen, der Herz und Nieren prüft.“

„Ja, liebe Tante, wenn Du befehlst“, versetzte Lizzi, immer noch mit unerschütterlicher Ruhe stocksteif am Tische stehend und den immer nervöser werdenden Hund fixierend.

„Befehlen!“ fuhr die Tante unwillig auf. „Es versteht sich von selbst, daß ich Dir nicht befehlen kann, die Kirche zu besuchen, wenn Du nicht selbst den Drang dazu in Dir spürst. Ich denke doch, daß Eure Mutter Euch so erzogen haben wird.“

„Nein, liebe Tante!“

Die Geheimräthin wurde jetzt sehr unruhig und blickte Lizzi drohend an: „Was soll das heißen: ja, liebe Tante, nein, liebe Tante! Ich glaube gar, Du willst Deinen Spott mit mir treiben! Käthchen komm her, antworte Du mir: Hat Euch Eure Mutter nicht zum Kirchenbesuch angehalten?“

„Nein, liebe Tante“, brachte Kathi leise hervor. Und dann, als sie sah, daß die Tante den Kopf aufwarf und sie gleichfalls mißtrauisch fixierte, beilte sie sich eröthend und verwirrt hinzuzufügen: „Die Mama is nie in d' Kirch gang'n, außer in die katholischen, wenn a schöne Musik g'wesen is. Es thät sie net erbau'n, hat s' g'sagt. Und wann's uns erbaut hätt, hätt'n mer schon net gehen dürfn'; aber's hat uns net erbaut.“

vor Schläge unterbreitet. Wenigstens glaubt der Londoner „Daily Express“, konstatieren zu können, daß am Sonntag im Auswärtigen Amt ein an den Marquis Salisbury persönlich gerichtetes Telegramm des Präsidenten Krüger mit Friedensvorschlägen eingegangen sei.

Zu neuen Friedensvorschlägen dürfte sich Präsident Krüger auch veranlaßt gesehen haben durch die wachsende Abneigung gegen den Krieg bei den Deutschen. Nach dem „Standard“ hat der Burenkommandant De Wet dem Feldmarschall Roberts angeboten, er wolle sich mit tausend Mann unter der Bedingung ergeben, daß seinen Leuten gestattet werde, sich auf ihre Farmen zu begeben. Roberts habe entgegnet, daß die Kapitulation bedingungslos sein müsse. Ein Roberts berichtet, daß sich am Sonnabend bei Boskop ein Feldkornet und 86 Warghers ergeben, auch seien einige Gewehre und Munitionsvorräte ausgeliefert worden. Nach einer Meldung der „Times“ aus Kroonstad vom 18. d. Mts. hat der schnelle Vormarsch Lord Roberts von Bloemfontein dorthin die Buren bei ihren Vorbereitungen zum Widerstande vollkommen demoralisiert.

Wie der „New-York Herald“ aus Lourenço Marques erfährt, hat die Transvaal-Regierung beschlossen, an Lord Roberts eine amtliche Mitteilung zu senden, in welcher Verurteilung der Feindseligkeiten und Sicherheit dafür verlangt wird, daß die Truppen der auf Seiten der Buren kämpfenden Leute aus der Kapkolonie und Natal geschont werde. Sollten diese Forderungen nicht bewilligt werden, sollen die Mienen durch Sprengstoff gerührt und Johannesburg vernichtet werden. Präsident Krüger hat ferner den fremden Konsuln fundgegeben, daß Johannesburg gegen die englischen Truppen werde verteidigt werden und daß er jede Verantwortlichkeit für Schäden, den Personen oder Sachen nehmen, ablehne. Ferner stellte Krüger mit, daß er dem Feldmarschall Roberts den Austausch von Gefangenen vorgeschlagen habe.

Deutscher Reichstag.

199. Sitzung. Montag, den 21. Mai. — 1 Uhr.
Auf der Tagesordnung steht zunächst die Interpellation Albrecht u. Gen. (Soz.) wegen der in Anhalt und Reg. u. L. angenommenen Gesetze betreffend Verletzung ländlicher Arbeiter wegen Kontraktbruches und der in Lübeck erfolgten Verletzung der Gewerbeordnung.

Auf die Frage des Präsidenten erklärt Staatssekretär Niederding, daß die Reichsverwaltung sich zunächst mit den beteiligten Bundesregierungen ins Einvernehmen setzen müsse und daher die Interpellation am 30. Mai beantwortet werde.

Die Interpellation wird daher am 30. Mai auf die Tagesordnung gesetzt werden; das Haus geht nunmehr auf Vorschlag des Präsidenten zur dritten Lesung des Fleischbeschaugesetzes über. In der Generaldiskussion erhebt zuerst das Wort

Abg. Sander (Soz.): Wir werden für die Regierungs- und gegen die Kommissionsbeschlüsse stimmen. Wir können es nicht billigen, daß die Fleischbeschauungen von der Unterjochung ausgenommen sind. Die Kosten hierfür würden wir bewilligen. Ohne diese Kontrolle verliert das Gesetz vollkommen den Charakter eines hygienischen Gesetzes. Sorgen Sie für bessere Lebenshaltung der Arbeiter, und Sie werden von selbst nicht amerikanisches Fleisch kaufen. Auch werden die Zollschwierigkeiten auf unsere Export-Industrien zurück, so daß dadurch nicht nur das Fleisch vertheuert, sondern auch Hunderttausende von Arbeitern brotlos werden. (Bravo! bei den Soz.)

Abg. August (Wd. Sp.) (schwer verständlich) tritt für den Kompromißantrag ein. (Beifall rechts.)

Abg. Freiherr v. Wangenheim (D. D.): Für uns sind lediglich sanitäre Rücksichten maßgebend. Die Kontrolle der Fleischbeschauungen halte ich für meine Person für wünschenswert, sie kann aber durch Reichsgesetz nicht geregelt werden, sondern das muß den einzelnen Staaten überlassen bleiben. Beim ausländischen Fleisch aber können wir die Kontrolle nicht dem Ausland überlassen. Das Fleischgesetz gehört nicht in das Gesetz; die Kontrolle des Fleischgesetzes im Inlande ist technisch nicht durchführbar. Das ganze Gesetz ist eine Generalprobe für den Zolltarif. Sehen wir jetzt nach, so weiß das Ausland, daß es kein Zolltarif später erhalten wird, was es will.

Abg. Dr. Bahndtke (Frei. Sp.): Den hygienischen Kern des Gesetzes wünschen wir beizubehalten. Aus hygienischen Gründen sind wir für Grenzsperrre, und weiter wünschen wir auch, die Kontrolle der Fleischbeschauungen beizubehalten. Auch mit dem Einfuhrverbot der Konserven können wir uns nicht einverstanden erklären. Wir werden daher für das Gesetz in der Fassung der Regierungsvorlage stimmen.

Staatssekretär Graf v. Pofadowsky: Bisher ist von den Verbrauchern von Fleisch, welche doch bei der ganzen Vorlage die Hauptpersonen sind, noch sehr wenig die Rede gewesen. Alle möglichen Nebeninteressen sind erwähnt worden, aber gerade von dem wesentlichen, dem hygienischen Standpunkt aus, der in den

bisherigen Reden in den Hintergrund getreten ist, ist das Gesetz unbedingt notwendig. Einmal muß die Wahrheit gesagt werden, gegenüber der fortgesetzten Verschlechterung der Thatsachen. (Hört, hört! links.) In einer gerichtlichen Verhandlung ist nachgewiesen, daß es in dem betreffenden Landeshaus allgemeine Brauch ist, unter die Wurst ungenießbares Fleisch zu mengen. Dagegen sagt der Bund der Landwirthe, unter vollständiger Verkennung des hygienischen Standpunktes: „Nicht um das geringe Quantum des bisher eingeführten Pöfels handelt es sich bei dem Widerstande gegen das Gesetz, sondern um die Wiedererrichtung eines unursprünglichen Schutzes der Produzenten der deutschen Landwirthschaft.“ Auch Freiherr v. Wangenheim sprach nur vom Zolltarif, nicht von der hygienischen Bedeutung des Gesetzes. Als Generalprobe zu dem zukünftigen Zolltarif betrachten die verbündeten Regierungen das Gesetz keineswegs. Wenn die Landwirthschaft den Widerstand aller anderen Kreise der Bevölkerung durch ihre inkonsequenzen Forderungen wagt, so ist das eine schlechte Vorbereitung für die großen Entschlüsse, vor denen wir in aller nächster Zeit stehen.

Die Vertreter der Landwirthschaft aberzweifelnd fürchtbar, wenn sie, wie Herr von Wangenheim, es so darstellen, als ob im Inlande nur gesundes Fleisch verkauft und gesundes Vieh geschlachtet würde, und alles Fleisch vom Ausland eigentlich krank wäre. Auf der Kontrolle der Fleischbeschauungen will die Regierung, den bestehenden Verhältnissen Rechnung tragend, nicht bestehen; aber auch in Bezug auf das Ausland kann die Erklärung des Reichstages nicht bedeuten, daß man das ausländische Fleisch soweit einführen läßt, als eine Untersuchung möglich ist. Wir sind ja jetzt noch bereit, die Einfuhr von Wurst und Konserven zu verbieten. Um was handelt es sich aber jetzt noch? Der Streitpunkt liegt in dem Pöfelgesetz. Gewiß ist aber viel Fleisch als Pöfel eingeführt worden, das nur leicht verpöfelt war und dann doch noch zur Wurstbereitung verwendet werden konnte. Nach dem Abänderungsantrag Albrecht würde das nicht mehr möglich sein. Uebrigens ist der Verbrauch solcher durchgeschlagenen Fleisches ein außerordentlich geringer, so daß die Gefahr bei der Einfuhr dieses geringen Quantums Pöfelschleifschens jedenfalls viel geringer ist, als bei den Fleischbeschauungen ohne Unterjochung. (Sehr richtig! links.) Im Ganzen stellt das Gesetz einen erheblichen Fortschritt dar, der auch bei der Landwirthschaft klar zu Tage liegt. Wenn Sie es ablehnen, so wird die Folge nur sein, daß die Fleischbeschau auf anderem Wege für große Gebiete Deutschlands eingeführt wird.

Inzwischen ist zu § 14a, der Schweinefleisch, Speck und Därme von dem Einfuhrverbot in Büchsen oder ähnlichen Gefäßen ausnimmt, ein Abänderungsantrag Albrecht eingelaufen, der diese Ausnahme beseitigen will. Weiter folgt der Abänderungsantrag Albrecht über den Passus, daß zubereitetes Fleisch eingeführt werden darf, wenn nach der Art seiner Zubereitung Gefahren für die menschliche Gesundheit erfahrungsmäßig ausgeschlossen sind oder die Unschädlichkeit für die menschliche Gesundheit in zuverlässiger Weise bei der Einfuhr sich feststellen läßt, folgende weitere Sätze hinzu:

Diese Bestimmung gilt als unausführbar insbesondere bei Sendungen von Pöfel, sofern das Gewicht einzelner Stücke weniger als vier Kilogramm beträgt; auf Schinken, Speck und Därme findet diese Vorschrift keine Anwendung.

Fleisch, welches zwar einer Behandlung zum Zwecke einer Haltbarmachung unterzogen worden ist, aber die Eigenschaften frischen Fleisches im Wesentlichen behalten hat oder durch entsprechende Behandlung wieder gewinnen kann, ist als zubereitetes Fleisch nicht anzusehen.

Zu demselben § 14a ist noch ein Abänderungsantrag von Bonin-Bahrenbusch eingelaufen, wonach der Bundesrath ermächtigt wird, Speck, Schweinefleisch und Därme, sowie geräucherter Schweinefleisch zur Einfuhr auszulassen; dagegen will dieser Antrag den Absatz über die Einfuhr des zubereiteten Fleisches streichen.

Abg. v. Lebesow (konf.): Ich spreche hier im Namen der Konservativen, die abweichender Meinung zu Herrn v. Wangenheim sind. Den einzigen Differenzpunkt bildet der § 14a. Die Hauptsache ist der sanitäre Gesichtspunkt. In dem Gesetz darf nicht stehen, was die Landwirthschaft schädigt. Wir sind darin einig, daß die Zulagen, die der Herr Reichskanzler gemacht hat, nicht erfüllt worden sind. Thatsächlich wird das inländische Fleisch strenger behandelt in diesem Gesetz, wie das ausländische. (Sehr richtig! rechts.) Bei der Kontrolle der Fleischbeschauungen ist nicht durchzukommen. Es fragt sich, ob der Landwirthschaft für bestimmte Schädigungen, die sie im Gesetze erfährt, Kompensationen geboten werden. Gerade für den kleinen Mann bedeutet die Kontrolle eine große Erschwerung, die Kosten der Beschauung trägt doch der Viehbesitzer. Doch ist zu erwarten, daß die Einführung des Gesetzes eine Erhöhung der Fleischpreise bringen wird. Dadurch wird der Landwirthschaft eine Entschädigung gewährt, die wir für ausreichend erachten.

Staatssekretär Graf Pofadowsky erklärt den Antrag von Bonin-Bahrenbusch für die Regierung für unannehmbar. Der Antrag Albrecht sei die äußerste Grenze für die Koncession der Regierung.

Abg. Kistler (konf.): Unser Antrag ist eine Forderung der Gerechtigkeit. Es handelt sich um das Wohl vor allem der Kontinentalen, aber auch um das Wohl der Landwirthschaft. Unsere Industrie kann nur dann blühen, wenn es der Landwirthschaft gut geht. (Bravo! rechts.)

Abg. Herold (Zentrum): Unsere Politik ist darauf gerichtet, das Praktische zu erreichen. Auf jeden Fall ist der Zustand, der

eintreten wird, wenn das Gesetz auf Grund des Kompromißes nicht durchgeht, für die Landwirthschaft vorteilhafter, als der jetzige Stand. Deshalb werden wir für den Antrag Albrecht stimmen. (Bravo! im Centrum.)

Abg. Holz (Wd. Sp.) erklärt, für den Antrag Albrecht zu stimmen. Was die Fleischbeschauung betreffe, so bitte er, nicht darüber, dort wo sie eingeführt sei, wieder abzusprechen. (Hört! bei den Sozial.)

Abg. Dr. Viehhafen (Antif.) spricht sich gegen den Kompromißantrag aus. Der einzig mögliche Weg ist der von Bonin.

Abg. Gerstenberger (Zentrum): Ich stehe auch heute auf dem Standpunkt, daß die Einfuhr von Pöfelfleisch für die deutsche Landwirthschaft schädlich ist, aber ich gehe in der Parteireiher nicht so weit, daß ich den ganzen Entwurf zu Fall weil ich nicht Alles haben kann. Ich vermag darin keinen Erfolg den Bauern zu erblicken, wenn das Gesetz mit dem Kompromiß angenommen wird. Ich werde noch der Partei nicht das Gesetz zu Fall zu bringen, von dem sie erwartet, daß es als Erscheinung einen Nutzen für die Landwirthschaft bringt. (Im Centrum.)

Abg. Schreyer (konf.): Ich verstehe nicht, wie die Regierung den sanitären Gesichtspunkt als den Grundgehalt hinstellen will. Es sprechen doch auch politische Motive mit. Was die Unterjochung des Pöfelschleifschens anbelangt, so hat das Reichsgesundheitsamt gegeben, daß diese Unterjochung nicht durchführbar ist. Die des Fleischschleifschens werden stabile Fleischpreise sein. Die Landwirthschaft kann den inländischen Bedarf decken. Für uns ist das Gesetz unannehmbar, wenn es nicht über das Kompromiß geht. (Bravo rechts.)

Abg. Warus (Soz.): Wir stimmen mit den extremen Parteien gegen den Kompromißantrag, wenn auch aus anderen Beweggründen. Die Herren rechts widersprechen sich in zwei Fragen; zunächst bezug auf die Fleischbeschauungen. Graf Pofadowsky will die Einzelheiten überlassen, Herr Holz will sie, wo sie bereits in der Fassung sind, und Herr Viehhafen nennt alles nur eine Scheinkompromiß, falls die Fleischbeschauungen auch kontrollirt werden. Handelt es sich nicht um das Interesse einzelner Landwirthe, sondern um die Landwirthschaft, so müßten die Agrarier die strengste Kontrolle der Fleischbeschauungen verlangen. Ohne sie können Viehheerden bekämpft werden. 50 Prozent der Viehbestände im Deutschen Reich sind tuberkulös. (Hört! Hört! bei den Soz.) Für Grenzsperrre die Herren Agrarier stets ein, bei einer ernsthaften Seuchenbekämpfung aber machen sie stets Ausflüchte. (Sehr richtig! bei den Soz.) Herr v. Wangenheim sagt, er sei persönlich für Kontrolle der Fleischbeschauungen, aber er stimmt gegen sie. Die Herren in der Mitte würde die Arbeiter belästigen. Es dürfte den Vertretern von Ostelbien doch wohl bekannt sein, daß ihre Arbeiter Schweinegüht gern aufgeben würden, wenn sie mehr Geld bekommen könnten. — Ebenso uneinig sind die Herren rechts über das Einfuhrverbot der Pöfelfleischschleifschens. Den wirklichen Grund für das Verbot und Herr von Lebesow: Sie erwarten erhöhte Fleischpreise. Man will die Konkurrenz ausschließen, um hohe Fleischpreise zu bekommen. Wir sind gewiß dafür, daß nur gute Waare aus dem Ausland herbeiführt, wir wollen aber auch die unsaubere Waare die im Lande hergestellt wird, nicht. Bei uns ist es aber sehr wenig, in die Schlächtereien hineinzulassen, damit die ja auch vollen Zustände, die dort herrschen, ans Licht kommen. Was die Erklärungen von der Fürsorge um die Gesundheit, wo es sich nur um das Interesse einzelner Landwirthe, der großen Viehhändler handelt. Der kleine Bauer hat ja nichts von der Preisvertheuerung des Fleisches. Sie sollten sich die Arbeiter zur Muster nehmen. Der Leipziger-Plagwitzer Konsumverein hat jetzt eine eigene Schlächterei eingerichtet, die vorzügliches Fleisch liefert. Lassen Sie das Viehbeständen von dem Schutze der landwirthschaftlichen Interessen für Sie handelt es sich nur um Ausschluß der Konkurrenz des Preisvertheurers! (Bravo! bei den Soz.)

Abg. Mühlhanser (natl.): Die deutsche Textilindustrie steht und fällt mit der Prosperität der deutschen Landwirthschaft. (Bravo! rechts.) Das Ausland richtet sich immer mehr auf die Produktion ein, unser Export geht zurück. (Hört! Hört! rechts.) Die Anglimererei vor amerikanischen Repressalien theile ich an. (Bravo! rechts.) Die Hauptsache bleibt für uns zu verhindern, daß das Gesetz nicht zu Stande kommt, wir werden also für den Kompromiß stimmen.

Staatssekretär Graf Pofadowsky: Irgend welche analoge Verhandlungen zwischen der deutschen und amerikanischen Regierung über das Fleischbeschaugesetz haben nicht stattgefunden. Wenn man ausländisches Fleisch von der Einfuhr ausschließen will, muß man nachweisen, daß sofort im Inlande für 165 Millionen Mark im jährlich Fleischnachfrage produziert werden kann, um den Absatz zu decken, oder man muß lebendes Fleisch, ausländisches Schlachtkörper einlassen. Die Herren Fleischer hätten ja daran ein großes Interesse, aber den viel größeren Schaden hätte die Landwirthschaft zu erleiden.

Abg. Franke (natl.): Landwirthschaft, Kohle und Eisen sind nach einem Worte Bismarck's einig sein. Die sanitäre Schürung der Gegensätze durch den Bund der Landwirthe gegen die Landwirthschaft nicht zum Vorteil. Ich möchte nicht die Partei dazu bieten, den Arbeitern das Fleisch zu vertheuern und würde lieber für die ursprüngliche Regierungsvorlage stimmen.

Hierauf wird ein Antrag auf Schluß der Debatte angenommen.

Die Weiterberatung wird vertagt. Ohne Widerspruch zu finden, setzt Präsident Graf Pofadowsky folgende Tagesordnung fest: Donnerstag 1 Uhr: 1. Fortsetzung der dritten Verhandlung der lex Feinze, 2. Fortsetzung der dritten Verhandlung des Fleischbeschaugesetzes, 3. Fortsetzung der dritten Verhandlung der Novelle zur Gewerbeordnung. Schluß 6 Uhr.

Preussischer Landtag.

Berlin, den 21. Mai 1900

Der Straßenbahnerstreik vor dem Abgeordnetenhaus.

Die Parlamente waren heute reich an Ueberraschungen. Auch im Abgeordnetenhaus gab es heute so etwas wie eine Sensation. Auf der Tagesordnung stand die zweite Lesung des Feindgenossenschafts berr. die Zwangsverziehung Minderjähriger. In der früheren Sitzung hatte der Abg. Freiherr v. Redlich, als erster Redner aufgerufen wurde, brachte die aus Unklarheit über den Straßenbahnerstreik entstandenen Krawalle der letzten Tage zur Sprache. Weil sich in diesen Krawallen in der Hauptsache die unwürdigen jungen Burschen betheiligten, glaubte er, würde den Erzeugen und der Vorlage eine Verbindung herstellen können. Natürlich war die Sache abgefallen. Der Minister v. Ziemer, Freiherr v. Knechtel, war, war auf diese Anfrage vorbereitet und gab einen ausführlichen Polizeibericht über die Ereignisse dem Hause kund. Jedoch mußte diese Vorbereitung durchschonell bewahrt worden sein, denn es fehlte in der Rede des Ministers nicht an Widersprüchen. Er begann mit der Versicherung, daß in den Krawallen selbst die Regierung nicht einmischen und für keine der beiden Theile Partei ergreifen würde. Aber gleich darauf fielen ein paar recht animöse Bemerkungen gegen die Angeklagten. Die Straßenbahner haben mit 27. Erzeugen schon deshalb verdorben, weil sie sich, wie er sagte, unter die Nahrung einer sozialdemokratischen Gewerkschaft begeben haben. Das sagt sie in seinen Augen schon ins Unwürdige. Die Herren am grünen Tisch können sich noch immer nicht von der Thatsache abwenden, daß die „sozialdemokratischen“ Gesandten nun einmal vorhanden sind. In einem preussischen Ministerkonferenzen mußte sich die Welt eben ganz anders, als in anderen Menschenklopfen und als etwa in dem Kopfe des französischen Ministers Millerand. Obwohl dieser sozialdemokratische Minister jetzt schon geraume Zeit in Frankreich regiert, hat man nicht davon gehört, daß dort Attentate auf die Verkehrsinteressen verübt worden sind oder gar Störungen der öffentlichen Ruhe und Ordnung öfter vorgekommen sind, als unter dem Regime anderer Ministerien. Bei uns in Preußen

Aus aller Welt.

Ein schwerer Vorkommnisfall, dem zwei Menschenleben zum Opfer fielen, ereignete sich Sonntag Nachmittag um 5 Uhr auf dem Müggelsee bei Berlin. Der 40 Jahre alte Dekorateur Schumacher, der Besizer eines Segelbootes, war mit drei Bekannten, den Radsportler Strich, Mühlert und Hoffmann, mit dem Boote bei hohem Wind und hohem Wellengang mit vollem Segel auf dem Müggelsee hinausgefahren. In der Gegend des Strandbühnenes kenterte das Boot, wodurch alle vier Personen in die Fluthen fielen. Einem erstüberlebenden Dampfer gelang es, Mühlert und Hoffmann zu retten, während Schumacher und Strich in den Wellen ihren Tod fanden. Beide Ermordeten waren verheiratet; Schumacher Vater von sieben Kindern, Strich hinterläßt seine Frau mit drei Kindern.

Im Zuchthaus geordnet in dieser Lage eine Persönlichkeit, die einst in der Berliner Finanzwelt eine bedeutende Rolle spielte. Es handelt sich um den einstigen Finanzminister Grafen v. Hatzfeld und Wolf, Leipziger, der im Jahre 1892 als Hauptangeklagter in 10 Jahren Zuchthaus verurtheilt wurde, während sein Kompagnon Kommerzienrath Wolf, unter Zustimmung mildernder Umstände zu 10 Jahren Gefängnis verurtheilt wurde. Zu der Rückkehr dieser Frau gehören auch viele Unzulänglichkeiten. Unter anderem verlor die Kaiserin Friedrich durch den Zusammenbruch des Hauses große Summen. Während Wolf in das Zuchthaus Gefängnis, wo er noch jetzt, überführt wurde, wurde Leipziger in das Zuchthaus zu Rastdorf gebracht, wo er an Lungenschwundstich geendet ist nachdem er bereits 8 Jahre verbüßt hatte. Kurz vor seinem Tode war bei der Staatsanwaltschaft ein Antrag eingereicht worden, ihm, wie es im Gesetz vorgehien ist, eine vorzeitige Entlassung angedeihen zu lassen, der auch, wie eine hiesige Lokal-Zeitung bemerkt, erfolgreich zu werden verspricht.

Erstschossen. Der Lehrer Biedentopf zu Amberg erschoss mit Facillität einen jungen Bauersmann. Der Lehrer wollte eine Kugel einschleusen, der Leichenschau aber ging fehl und traf den Bauern in den Kopf.

Familientragedie. Als Freitag Abend der Sattler Abide u. Hammer nach Hause kam, gemachte er in seiner Wohnung, die der Familie war, Quake. Er fand beim Betreten des Schlafzimmers, daß dasselbe vollständig mit Kohlengas angefüllt war. In einem Bett lag nur mit einem Hemde bekleidet, seine Frau und neben ihr sein neunjähriges Töchterchen. Beide waren todt.

Die Frau ist offenbar mit dem Kinde durch das Kohlengas erstickt worden. Verder hatte sie ihre zehnjährige Tochter mit einem Briefe an ihre in Hamburg lebende Tochter fortgeschickt. Als das Kind zurückkam, fand es die Thür verriegelt. Man kennt noch nicht die Ursache des Selbstmordes, doch ist bekannt, daß die Frau mit ihrem Kinde in Unfrieden gelebt hat.

Fünf ziemlich starke Erdstöße wurden am Sonntag Früh im oberen Böhmenland in der Gegend von Brambach verspürt.

Ein Kirchthurmeinsturz in Deutsch-Österreich wird dem „Reichs.“ aus Lanes-Salcano gemeldet. Von 24. April der bereits 15 Meter hohe Thurm der neuen Kirche ein. Neun schwache Mauer wurden in großen Ragen fortgeschleudert. Die Zahl der Todten beträgt zwei. Bei den Aufräumungsarbeiten wurden weitere Mauer ein. Eine Mauer zerbrach beim Einsturz die in 5 fertige Orgelempore.

Der Stützschlag in die Schule von Aldea del Rio in Spanien. Von den vorhandenen 120 Schülern wurde ein getödtet, sieben schwer verwundet. In Folge der entstandenen schrecklichen Panik gab es noch zahlreiche Querschnitte und Rippenbrüche.

Lex Feinze. Also 5 Tage ist Euer Kleines alt... ist's eigentlich ein Junge oder ein Mädchen? — „Ja, weißt Du, das ist ganzwahr, haben sich bisher alle getödtet.“ (Münchener Jugend).

Ein Priester wegen unnützligen Benehmens in der Schule wurde vom Bezirksgericht Weiden (Ostbayern) der Bayern Oberbischöflicher, Cooperator und Religionslehrer an städtischen Volksschulen P. Ambrosius H. Hebrand zu zwei Monaten strengen Arrests verurtheilt. Der Appellat des Landesgerichtes behauptete das strafwürdige Unheil vollständig.

Wir halten fest und trenn zusammen. An einem Hause im v. Bezirk von Wien hängt ein Kasten, welches anzeigt, daß sämtliche Wohnungen dieses Hauses vom Augusteramt an zu bewohnen sind. Alle Parteien waren nämlich vom Hausbesitzer am 1. Mai empfindlich gestört worden. Sie erklärten einmüthig die Steigerung nicht anzunehmen und lieber auszugiehen. Bis zur Stunde hat der Hausbesitzer noch keine einzige Wohnung wieder vermietet, da seitens der anziehenden Bewohner dafür Sorge getragen wird, daß jeder Rückständige die Ursache der Miethveränderung erfährt. Eine gleiche Petition kamte den unimmobiliaren Hauswirthern auch anderenorts nicht schaden.

wird eine sozialdemokratische Organisation noch als der Schrecken aller Schrecken hingestellt. Herr v. Rheinbaben malte dann die Erzesse schwarz in schwarz, mußte aber gleich als er zur Schilberung der Details überging, zugeben, daß die Überlegungen in der Presse teilweise arg übertrieben worden seien. Er hielt sich bei der Beurteilung der Erzesse und bei der Bekanntmachung der von ihm getroffenen Abwehr-Maßregeln ganz in der alten preussischen Tradition. Schneidig heißt hier die Parole. Herr v. Rheinbaben auch nicht direkt mit der Ausführung der Abwehr-Maßregeln drohte, so ließ doch auch er das Militär im Hintergrunde aufmarschieren. So beunruhigend die vorgekommenen Erzesse auch sein mögen, sie rechtfertigen nicht ein derartiges Auftreten in der preussischen Volksgewalt. Es ist ein Treppenvorgang der Weltgeschichte, daß zu derselben Zeit, wo diese großen Phrasen über die Aufrechterhaltung der öffentlichen Autorität aus ministeriellem Munde fließen, der ganze Inhalt der Aktion der Regierung, der große Streik, durch gütliche Einwirkung beendet worden ist. Herr v. Rheinbaben demontierte das am Sonntag Abend inhihiert habe. Eine solche Teilnahme an den Streikenden würde er sich nie zu Schulden kommen lassen. Wer des Ministers politische Laufbahn verfolgt hat, hätte kaum auf solche Gedanken verfallen können. In den einzelnen Verfügungen der Angestellten sieht er Bestrebungen, die auf Unterwerfung der Disziplin gerichtet sind und gegen die im Aufstiegswege der Staatsregierung hätte eingeschritten werden müssen, wenn die Direktion der Straßenbahn zu ihrer Bewilligung verstanden hätte. Was das für Bestimmungen sind, sagte Herr v. Rheinbaben wenig, wie nach ihm der Eisenbahnminister v. Tschelen, diese Gedanken noch weiter ausführte. Wir können nur annehmen, daß die Einsetzung von Arbeiterausschüssen und die Forderung der Abschaffung von Strafgeboten den Anlaß zu den Bemerkungen gegeben haben.

Die Forderung nämlich, wonach die Gesellschaft verpflichtet ist, ihre Angestellten nur aus dem Arbeitsnachweis der Gesellschaft zu beziehen, ist von den Streikenden ja schon schon fallengelassen worden. Es ist wirklich im Glück, daß der Streik schon vor, wo die ministeriellen Reden den Streikenden bekannt wurden, er hätte die Einigungsverhandlungen bedeutend erleichtert. Es ist auch gut, daß nun durch die Beendigung des Streiks der Anlaß zu der vom Abg. Redlich angeführten Interpellation fortgefallen ist. Die Reden aus dem Hause in der Disziplin über die Ministerreden boten nichts Bemerkenswerthes. Die Interventionen ließen durch den Grafen Limburg dem Minister ihr Vertrauen zu seiner Schneidigkeit ausdrücken. Die übrigen Interventionen sprachen auch ihre Zustimmung zu dem polizeilichen Vorgehen gegen die Erzenden aus. Ueber den Streik klangen ihre Bemerkungen reservierter. Aus der Rede des nationalliberalen Zattler konnte man sogar, bei einigem guten Willen ein gewisses Wohlwollen für die Streikenden heraushören. Die Linke, die Abg. Mikert, Goldschmidt und Hirsch vertreten, verhielt sich in der Sache selbst jede Kritik. Abg. Goldschmidt wies anerkennend die Freimüthe auf die Unbeliebigkeit und die unzulässigen Forderungen der Straßenbahngesellschaft hin.

Die zweite Lesung des Gesetzesentwurfes über die Zwangsversicherung wurde nach dieser Streikdebatte erledigt. Ganz verständiger Weise wurden die Forderungen des Abg. Grafen v. Moltke der Titel Zwangsversicherung für die Arbeiter geändert. Auch sonst wurde in den Ausstellungen der Ansehen vermieden, als handle es sich um Strafzuchtlinge. Man ja doch nicht nur verurtheilte, sondern auch Kinder im ersten Alter, die der Verwahrlosung anheimzufallen drohen, der Zwangsversicherung theilhaftig werden. Die Vorlage wurde sonst durchweg nach den Kommissionsvorschlägen genehmigt. Diese haben eine stärkere Betonung des konfessionellen Charakters der Versicherung, eine Streichung der Bestimmung des Herrenhauses, wonach Arbeiter in Arbeitshäusern und Landarmenhäusern untergebracht werden dürfen und eine Belastung des Staates zu drei Vierteln der Kosten, während das Herrenhaus nur 1/3 der Kosten dem Staat überwälzen wollte. Minister von Miquel und nach ihm Herr v. Rheinbaben erklärten eine mehr als 1/3-Belastung des Staates als unannehmbar. Trotzdem nahm eine aus Zentrum und konservativen gebildete Mehrheit die 1/3-Belastung an. Trotzdem das Gesetz an der Kostenfrage wohl nicht scheitern. Aus dem Zentrum und konservativen und auch aus dem etwas gewundenen Gemüthe der Konservativen ist zu entnehmen, daß die Herren sich zur dritten Lesung die Sache überlegen werden und sich den Wünschen des Herrn von Miquel fügen werden.

Morgen steht außer kleinen Vorlagen der Antrag des Abg. v. Cunnern auf Schaffung eines 50 Millionenfonds zur Dotation der Provinzen zur Verathung.

Die Umgebung des Rosenthaler Thores

wurde in den Nachmittagsstunden des Sonntag von mehr als zwanzig Tausend Personen sehr dicht belagert. Es war der Polizei mitgeteilt, daß ein Handstreich auf das am Weinbergsweg belegene Depot der Straßenbahn beabsichtigt sei, weshalb umfassende Vorkehrungsmaßregeln getroffen waren. Mindestens 200 Schutzleute waren zeitweise am Rosenthaler Thore und dessen Seitenstraßen aufgestellt und hatten vollauf zu thun, um die Ordnung einigermaßen aufrecht zu erhalten. Zur Vorlicht waren außerdem etwa 50 Mann auf dem bedrohten Straßenbahndepot postirt, um denselben vor Berührung zu schützen. Kurz vor 4 Uhr erfolgte ein Zusammenstoß der Polizei mit der angesammelten vieltausendköpfigen Menge, wie im Berlin in dieser Stärke seit Jahren nicht aufzuweisen hat. Verschleudert wurden die Polizisten bekräftigt und thätlich angegriffen. Von den Dächern und aus den Haushöfen sausten Steine auf die Polizisten herab. Die geringe Zahl der noch verbleibenden Pferdebahnen- und elektrischen Wagen wurden mit Steinen bombardirt, obgleich sie von Schutzleuten begleitet wurden.

Ein Revolvererschuß

Der auf einen elektrischen Wagen aus dem Publikum abgegeben wurde, wurde schließlich zum Signal des polizeilichen Angriffs. Die in Nachbarhäusern konzentrierte Schutzmannschaft wurde zur Verstärkung zugezogen und erhielt den Befehl, die unmittelbar am Rosenthalerthore sich stauende Menge mit blanker Waffe zurückzutreiben. Die nun folgenden Vorgänge spotten aller Beschreibung. Frauen und Kinder wurden im Gedränge zu Boden gerissen und verletzt. Am Äußersten wogte der Kampf am Eingange zum Weinbergsweg. Hier wurden Tausende von Personen durch die Polizei bis weit hinter das Pferdebahndepot zurückgetrieben. Den Eingang zum Weinbergsweg versperrte sodann eine doppelte Schutzmannsreihe aus zwanzig berittenen und fünfundsiebzig Fußpolizisten. Ähnlich waren die Vorgänge in den benachbarten Straßen.

Ein Revolvererschuß

Auch am Abend und in der Nacht dauerten die Zusammenkünfte und Zusammenkünfte fort. Zwei Todte und 52 Verwundete, viele verletzte Beamte und 108 Verhaftungen waren das Ergebnis dieser thätlichen Erzesse.

Die Post

war von dem Auslande der Straßenbahn-Angestellten wie die gesamte Bevölkerung in Mitleidenschaft gezogen worden. Die kaiserliche Oberpost-Direktion hat bereits am Sonnabend früh die erforderlichen Anordnungen getroffen, um die regelmäßige Beförderung der Postfachen, welche sonst durch die Straßenbahnen geschieht, zu sichern.

Eine Konferenz der Städte

Rixdorf, Schöneberg, der Ortshafen Lichtenberg, Weichenster, Pantow, Reinickendorf, Hohen-Schönhausen, deren Gebiet von dem Geseisen der Großen Berliner Straßenbahnen berührt wird, sollte Mitte dieser Woche in Berlin stattfinden, um über den Straßenbahnstreik zu beraten. Alle diese Nachbarorte hatten ein großes Interesse an der baldigen Beendigung des Aufstandes.

Schlosser und Monteur

der Gesellschaft als Wagenfahrer bei der Straßenbahngesellschaft eintreten sollten. Es hatten jedoch sämtliche Schlosser der Union erklärt, daß sie in keinem Falle eine derartige Vertretung annehmen, weil sie sich mit dem Ausständigen solidarisch erklärten und sie keine „Streikbrecherdienste“ thun wollten. Bravo!

Regelmäßige Unterstühtungen

sollten von heute an an die bedürftigen verheiratheten Ausständigen gezahlt werden und zwar sollten diese nicht unter 12 Mark pro Woche betragen. Die unverheiratheten Beamten haben die Erklärung abgegeben, daß sie auf jedwede Unterstühtung verzichten.

Die Frauen der Straßenbahner

nehmen lebhaften Theil an dem Kampf ihrer Männer, sind sie es doch, die in erster Linie unter den elenden Löhnen ihrer Männer zu leiden haben. In aktiver Weise griff eine Frau in der Nähe des Depots in der Märtenbergstraße ein. Sie erwartete ihren Mann, der am Morgen doch zum Fahren angetreten war. Als er mit seinem Wagen zurückkehrte, machte sie ihm ob seines unsozialistischen Verhaltens heftige Vorwürfe und nahm ihn mit nach Hause.

heldenhaften und opferwilligen Zug

an, die auch bei Lohnkämpfen in anderen Städten und Berufen als Vorbild dienen werden. Post- und Vorortverwaltungen, Kaufleute und Reisende, die ganze Hauptstadt haben in den drei Tagen die Wahrheit des Wortes erfahren, welches ein Freiheitskämpfer dem Proletariat zuriß, das aber die bürgerliche Presse so oft verpöthet hat: „Alle Mäder stehen still! Wenn Dein starker Arm es will! Denn auf den Geleisen der Straßenbahn rollten keine Mäder.“

Arbeiterbewegung.

Genosse Fritz Herbert in Stettin sendet uns folgende Erklärung: Werthe Genossen! In einer in der heutigen Nummer enthaltenen polemischen Notiz gegen den „Correspondent“-Redakteur Reichhäuser heißt es u. A.: „Spaltenlang hat er sich mit den Verdächtigungen Gask's und Herbert's und Anderer herumgeschlagen.“

Was meine Person betrifft, so ist die Behauptung, ich hätte mich der Verdächtigung schuldig gemacht, eine unwahre und deshalb nicht verlegende Bemerkung. Der „Correspondent“ hat eine Reihe unwahrer Behauptungen über mich aufgestellt, aber die Arbeiterpresse sollte doch wissen, wie leicht Parteigenossen von ihren Gegnern verunglimpft werden und deshalb nicht Alles für bare Münze nehmen. Mein Artikel „Buchdrucker und Sozialdemokratie“ den Reichhäuser im vorigen Jahre zum Anlaß seiner Aufsehen erregenden Schimpfereien gegen mich genommen hat, ist rein sachlich gehalten. Wenn aus Anlaß der jüngsten Ereignisse eine Unterstühtung meiner Stellung zum „Correspondent“ vorgenommen wird, so wird die Rolle des Verleumers noch insamer erscheinen, denn ich kann beweisen, daß derselbe aber mich wissenlich unwahre Behauptungen verbreitet hat.

Mit Parteigrüß! Fritz Herbert.

Der Ausstand der Fuhrleute und Faktoren bei der Firma Gerhard Sirobe in Köln, die dort die bahnamtliche Güterbestellung besorgt, ist durch eine Einigung am Gewerkschaftsgericht erledigt worden. Die Firma verpflichtet sich zu einer Lohnserhöhung; es findet keine Maßregelung statt, und die für die Streikenden eingestellten Leute werden nach acht Tagen entlassen.

Der Schmiedekreiß in Lübeck

ist nach achtwöchiger Dauer beendet. Die Forderungen der Streikenden sind in der Hauptsache bewilligt. Das Chemnitz Gewerkschaftssekretariat sprach sich in seiner letzten Sitzung grundsätzlich für die Errichtung eines Arbeitersekretariats aus, jedoch sollen die einzelnen Gewerkschaften noch die Meinung ihrer Mitglieder einholen. Eine Summe von 500 Mark, die dem Gewerkschaftssekretariat überwiesen worden ist, soll als Grundkapital für das Arbeitersekretariat fest angelegt werden. Eine Woche Sommerferien hat die Halle'sche Genossenschaftsbuchdruckerei ihrem gesamten Personal bewilligt. Die in der Seherlei und Druckerlei beschäftigten männlichen Angestellten erhalten für diese Zeit 25 Mark Lohnvergütung, die Arbeiterinnen 11 Mark.

In der Brauerei „Lübke“ in Krefeld wurden am 11. Mai elf Brauer gemährt, weil sie am 6. Mai eine Abstelle des Verbandes deutscher Brauer gegründet hatten. Vier Küfer und zwei Hilfsarbeiter, welche zu Arbeitsunwilligen herangezogen wurden, legten die Arbeit nieder. Alle Bemühungen, die Differenzen beizulegen, scheiterten und deshalb verhängte eine am 20. d. Mts. stattgefundene von ca. 12-1800 Personen besuchte Versammlung den Boykott über das „Lübke“ Bier.

Unter den Pariser Profikontrollen droht ein Streik auszubrechen, weil die Wagenbesitzer die tägliche Abgabe der Aufsicher, die sogenannte „Moyenne“, die jetzt schon 19 Francs beträgt, für die Ausstellungszeit bedeutend heraufsetzen.

lokales und Provinziales.

Breslau, den 22. Mai 1900.

Wegen Beleidigung durch die Presse wurde heute Vormittag unser Redakteur Genosse Klüß zu einem Monat Gefängnis verurtheilt. Nach der Begründung des Urtheils ist das eine „sehr milde Strafe.“ — Wir kommen morgen darauf zurück.

Wie unglaublich rückständig Mitglieder der Breslauer Tischler-Zunftung sich gegenüber dem Ausstand der Tischlergehilfen geben, davon lieierte die gestrige Versammlung und die durchgesetzten „Zugeständnisse“ einen neuen Beweis. Wir hatten es vorgezogen, der Zunftungs-Versammlung fernzubleiben, weil wir bei dergleichen Veranstaltungen von Zunftungen stets ungern gesehene Gäste sind. Doch begründen die Berichte der übrigen Zeitungen voll und ganz die Berechtigung unserer Spitzmarke. Nach diesen bewilligten die Breslauer Zunftungsmeister den Ausständigen das Folgende:

Zum Ersten: Einführung einer Arbeitszeit von wöchentlich 56 Stunden, nach deren allgemeiner Freisetzung mit der Einführung der geforderten neunstündigen Arbeitszeit vorgegangen werden soll.

Das ist eine Herabsetzung der wöchentlichen Arbeitszeit um 1 Stunde, also eine tägliche Verkürzung um 10 Minuten.

Zum Zweiten: Zehn Prozent Zuschlag zu allen Löhnen und Akkordpreisen. Gefordert werden, wie unsere Leser wissen, 20 Prozent.

Zum Dritten: Zahlung eines Minimallohnes bezw. Mindestvorschlages von 27 1/2 Pf. für die Stunde.

Das sind noch nicht 16 Mark Wochenlohn statt der geforderten 18 Mk. Es muß bemerkt werden, daß die Zunftungs-Versammlung auch die 2 1/2 Pf. Zulage zunächst abgelehnt hatte und erst nach erstem Zureden einiger überlegter Meister, die früher selbst in der Gehilfenorganisation gestanden haben, bei einer zweiten Abstimmung die Zulage annahm.

Zum Vierten: Abschaffung der Abzüge für Maschinenarbeit kann nicht bewilligt werden, da z. B. Bauarbeit fast ganz von Maschinen gemacht wird.

Damit behalten die Meister es in der Hand, die Abzüge für Maschinenarbeit auch um den zugelegten Betrag zu erhöhen und damit das Zugeständniß illusorisch zu machen.

Schließlich wurde die Abschaffung der Sonntagsarbeit und der Ueberstunden zugestanden und für Stadtmontage ein Zuschlag von 5 Pf. für die Stunde (statt der geforderten 10 Pf.) bewilligt.

Das sind die Beschlüsse der Zunftungsversammlung, deren Beurtheilung wir unseren Lesern überlassen müssen. Ueber die sonstigen Geistesblitze, die über die Versammlung zuckten, bedenk wir den Mantel der Liebe, der Eine klagt über Unpünktlichkeit, der Andere über das Baumachen am Montag, der Dritte über eine weitere Untugend der bösen Gesellen, die ihnen niemals vom Meister vorgemacht worden ist. Wir sind auch keine Freunde von solchen Unregelmäßigkeiten, meinen aber, ein ordentlicher Meister wird sich gegenüber ihnen schon zu helfen wissen. Recht überhäuft hat Herr Zwiener seine Kollegen, indem er ihnen zumuthete, sie sollen 20 Prozent der Gehaltelöhne an die Zunftung abführen, falls in ihrer Werkstatt gearbeitet wird. Darauf kann er ziemlich lange warten. Da müßten die Meister erst etwas von den Gehellen lernen.

Die gestrige erste Auszahlung an die streikenden Tischler ist glatt vollzogen worden. Die Stimmung ist überall zuverlässig. Fortwährend reisen Streikende ab, um auswärtige Arbeit anzunehmen.

In welcher Weise einzelne Unternehmer ihre Arbeiter dafür zu „bestrafen“ suchen, daß diese treu zu ihren Kollegen halten, zeigt folgender Vorfall: Ein bei der Firma Ruweke auf auswärtige Montage beschäftigter Tischler kehrte natürlich zurück, als er vom Streik erfuhr. Die Firma weigerte sich nun, ihm das Reisegeld für die Hin- und Rückfahrt zur Montage zurückzuerstatten (für die Rückfahrt hatte der Betreffende es natürlich nicht gefordert) und behielt ihm noch 3 Mark vom Lohne zurück für eventuelles Fehlen von der Firma gehörendem Werkzeug. Das Streikkomitee ersuchte daher dem Betreffenden das vorausgelagte Reisegeld und setzte ihn in den Stand, sich sein eigenes Werkzeug von auswärtig zurückzolen zu können.

In Herdain bei Koblinsky sind 15 Tischler in Ausstand getreten, da ihnen die Sicherstellung des Lohnes und 5 Prozent Zulage abgeschlagen wurde.

Die „Schlesische Volkszeitung“ maull Tag für Tag über die „Volksmacht“, welche sich erfolgreich bemühen soll, die wahre „Arbeiterfreundschaft“ der katholischen Presse zu verdrängen. Wir haben keine Nummer der „Volkszeitung“, die sich mit dem Streik beschäftigt. Der Lohnkommission eingehändigt, aber die Artikel in unserem Blatte vollinhaltlich nachzudrucken, das konnten wir unseren Lesern nicht zumuthen. Wer sich von den Streikenden stark fühlt, kann sie bei uns jederzeit einsehen.

Ein Sieg der Einigkeit.

Vom Streik der Berliner Straßenbahner.

Deute Dienstag Morgen rollten die Wagen der „Großen Berliner Straßenbahngesellschaft“ wieder in gewohnter Weise durch die Straßen der Hauptstadt. In dem plötzlich ausgebrochenen und durchgeführten Kampfe zwischen den Angestellten und der Direktion der Gesellschaft mußte die Direktion, die Anfangs herausfordernd und hartnäckig alle Forderungen zurückgewiesen hatte, schließlich nachgeben — denn einzig waren die Arbeiter und mächtig solidarisch verbundenen Berliner Publikum.

Am Sonntag hatte sich Herr Oberbürgermeister Krieger in der Anfrage der Streikenden bereit erklärt, bei den Friedensverhandlungen zu vermitteln und da auch die immer fester in die Sache stehende Direktion inzwischen sich besonnen hatte und Verhandlungen bereit war, kam die Einigung schnell zu Stande. In beiden Versammlungen der Ausständigen nahmen folgende Bedingungen

Bedingungen

1. Am 1. Juni Einrichtung der Pensionskasse auf Grund des mit dem Magistrat vereinbarten Statuts, wobei über die Frage der Pensionierung durch einen aus Vertretern der Gesellschaft und der Angestellten bestehenden Kassenvorstand vorbehaltlich der Berufung an ein ärztliches Schiedsgericht entschieden wird.
 2. Die Dienstzeit beträgt für die Fahrer neun Stunden, für die Schaffner elf Stunden, einschließlich der Vorbereitungs- und der Nachbereitungszeit und einschließlich der Kassenberechnung.
 3. Schaffung einer Kommission auf jedem Bahnhof, die von der Direktion ihre Wünsche darlegen und als Bindeglied zwischen den Angestellten und der Direktion wirken soll.
 4. Gehalt Anfangs 85 Mark, nach 6 Monaten 90 Mark, nach 2 Jahren 95 Mark, nach 5 Jahren 100 Mark, nach 8 Jahren 105 Mark, nach 10 Jahren 110 Mark, nach 12 Jahren 115 Mark, nach 15 Jahren 115 Mark, nach 17 Jahren 115 Mark, nach 20 Jahren Höchstgehalt von 120 Mark. Die Ueberstunden werden mit 50 Pfennig pro Stunde bezahlt. Den Angestellten werden vier freie Tage im Monat gewährt.
 5. Maßregelungen der Streikenden dürfen nicht stattfinden.
 6. Wenn auch die Ausständigen nicht Alles erreicht haben und ihre Nachgiebigkeit auf's Neue ihre Bereitwilligkeit zu einem Beschluß dargelegt haben, so muß doch die Schnelligkeit, mit der die Direktion klein wurde, die noch kurz zuvor mit Entschiedenheit drohte, als ein Sieg der Arbeiter bezeichnet werden.
- Wir beklagen schon gestern kurz, daß es auch zu Mädeln gekommen ist in Folge der Krawalle, die in einzelnen Theilen von Berlin vorgekommen sind. An denselben waren die Ausständigen theilhaftig. Dieselben besaßen sich auf die Ausflüge außerhalb Berlins und hatten auf Versammlungshin Uniformen angezogen zur leichteren Kontrolle ihres Ausganges.

